



November
2013
Nr. 16

Freiburg – Stadt für Alle?!

10.000 für ein „Recht auf Stadt“

Über 10.000 Menschen gingen in einem Dutzend Städte am bundesweiten dezentralen Aktionstag am 28. September 2013 gegen steigende Mieten und Verdrängung auf die Straße.

Unter dem Motto „Keine Profite mit der Miete – die Stadt gehört Allen“ beteiligten sich auch in Freiburg bis zu 600 Menschen und zogen mit einer Demonstration vom Stühlinger Kirchplatz über Haslach bis nach Weingarten.

Ziel der Demo war es, Solidarität mit den Menschen in **Weingarten** zu zeigen, die unter der aktuellen Mieterhöhungswelle (3500 Wohnungen sollen durchschnittlich 11% mehr Miete zahlen) der Freiburger Stadtbau (FSB) zu kämpfen haben. Dort sprach eine Mieterin und wehrte sich gegen die unsoziale und undemokratische Stadt(bau), die u.a. mittels (energetischen) Sanierungen die Mieten nach oben und die Menschen aus Weingarten treibt.

In einem Beitrag wurde die FSB als normales kapitalistisches Wohnungsunternehmen bezeichnet: „Die Schaffung neuen Wohnraums sollen die MieterInnen der FSB durch ständige Mieterhöhungen bezahlen. Also die ärmeren Schichten der Bevölkerung, die nunmal in der FSB wohnen, sollen Wohnraum für andere ärmere Menschen bezahlen.“ Die Wohlhabenden, die Gesamtgesellschaft sind hier außen vor!

Haslach, der Gentrifizierungsstadtteil, legte im letzten Jahr mit 21,9% Mietsteigerungen am stärksten zu (Littenweiler 19,9%; Stühlinger 10,7%). Der SUSI-Chor sang vor einem Miethäusersyndikats-Haus, dort bestimmen die MieterInnen selber über Miethöhe, bauliche Maßnahmen etc. .

Es ist Herbst und es ist wieder Wohnungsnotstand. **Studierende** werden wieder zum Semesterbeginn in Notquartieren schlafen müssen.

Was bei den Studierenden Ausnahmesituation ist, ist für **Wohnungslose** tägliche „Normalität“ - das Leben auf der Straße oder in Notschlafunterkünften. In Deutschland sind 284.000 Menschen ohne eine Wohnung. Allein die Jugendberatung im Stühlinger zählt eine stetig steigende Zahl in ihrer Einrichtung - aktuell 250 junge wohnungslose Menschen. Die Stadt verweigerte der Beratungsstelle wenige tausend Euro Erhöhung ihres Budget, um die ständigen Steigerungen abzufangen.

Das Leben von **Flüchtlingen** in Sammelunterkünften bedeutet Isolation und Ausgrenzung, macht krank und verhindert gesellschaftliche Teilhabe, so auch in Freiburg. In Oberursel (bei Frankfurt) wurde im Rahmen des 28.

„RECHT-AUF-STADT“ - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr**. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Und immer aktuelles: www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 08.11. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr Miethäuser Syndikats Büro (Adlerstr. 12)

September ein Haus besetzt, um für ein Ende der Lagerunterbringung und der dezentralen Wohnversorgung zu demonstrieren. Vielleicht sollte auch die Freiburg HausbesetzerInnen-Bewegung wieder Häuser besetzen, um zu zeigen wo es in Freiburg überall Leerstand gibt! Goethe II, ein recht großes Gebäude einer kirchlichen Stiftung, steht seit Jahren leer.

Gebaut werden soll in Freiburg viel, aber nicht für Menschen mit niedrigem Einkommen oder mit Transferleistungen. Wenn doch, wie die FSB in den **Gutleutmatten**, dann als „lebendiger Lärmschutzriegel“ an der Escholzstraße um die dahinterliegenden Eigentumswohnungen vor lästigem Verkehrslärm zu schützen. Selbstorganisierten Miethäusersyndikatsprojekten, die Selbstbestimmung und bezahlbaren Wohnraum vereinen, werden Steine in den Weg gelegt.

Mit dem **Handlungsprogramm Wohnen** soll Handlungsfähigkeit vorgetäuscht werden, doch: Angesichts der ermittelten Bedarfe im Programm von 840 Wohnungen sofort und jährlich 440 von sogenannten „sozialen Randgruppen“ fehlen im Programm jegliche Umsetzungsvorschläge, um diese Menschen zu versorgen, es bleibt der Neubau als scheinbare Wunderwaffe.

Die grün angestrichene Vertreibungspolitik scheut jeden Eingriff in den Markt und gibt vor, dass auch der Neubau von Wohnungen in Luxuslagen, den Markt entlaste. Dagegen hilft nur, sich jenseits von Staat und Markt selber zu organisieren und Stadtplanung von unten voranzutreiben.

Die letzte Rednerin erklärte zum Abschluss: „Gemeinsam ist etwas möglich, alleine kann man auch schon viel erreichen, aber wir sollten über einzelne positive Fälle hinauskommen. Gegen die Isolation in den Mietskasernen, gegen die Zäune zwischen den Häusern, verfeindete Nachbarn. Lieber den gemeinsamen wirklichen Gegner erkennen und die Wut gegen diesen richten. Nachbarschaftshilfen, Treffen, Beratungen, organisieren. Demonstrieren, Miete mindern oder gar nicht zahlen. Alle gemeinsam.“

GEGEN ZWANGSRÄUMUNGEN PRÄMIERT!

Die spanische Initiative PAH, die sich gegen Zwangsräumungen und für eine andere Wohnpolitik einsetzt, hat den Europäischen Bürgerpreis 2013 bekommen. Dass eine Initiative ausgezeichnet wird, der Menschenrechte wichtiger sind als Eigentum, lässt die spanische Regierung vor Wut schäumen: „Das Europarlament prämiert die Nötigung“. Mehr Nötigung wagen!

MILLIONENFACHER LEERSTAND

Wie kann das sein?, das fragt sich die Süddeutsche Zeitung angesichts von zwei Millionen leerstehenden Wohnungen in Spanien und den gleichzeitigen Zwangsräumungen, die täglich zu weiterer Obdachlosigkeit führen. In der Reportage wird die Misere von Wohnen unter kapitalistischen Bedingungen und das entstandene Netzwerk der Selbsthilfe in Spanien gezeigt. Flora, eine Alleinerziehende Frau, meint dazu: "Hätt' ich nicht gedacht, dass ich mir mal mit Autonomen eine Küche teile."

BESETZUNGEN LEGAL?

In einem aktuellen Verfahren um die Besetzung, eines seit über 10 Jahren leerstehenden städtischen Gebäudes in Hamburg wird versucht, die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen durchzusetzen. Denn Leerstand ist eine Zweckentfremdung, die nach dem Hamburger Wohnraumschutz-Gesetz nach vier Monaten eintreten kann. Der Anwalt argumentiert mit Urteilen aus den 1980er Jahren, dass zu einem „befriedeten Besitztum“ hinzugehört, dass sich in diesem Besitztum etwas abspielt, und dass der innere Friede, der nach außen geschützt werden soll, nicht nur aus einer Grabesstille besteht“. Leerstand ist kein Zustand!

GEGEN OBDACHLOSE!

Mit einer Verfassungsänderung wurde in Ungarn ein Gesetz erlassen, das Kommunen ermöglicht, „obdachloses Verhalten aus verschiedenen Teilen ihres Territoriums zu verbannen“ und dies "im Interesse der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der Volksgesundheit, sowie zum Schutz der kulturellen Werte". Übrigens: Neben Geldstrafen droht 'Wiederholungstätern' Gefängnis. Verteilungspolitik kennt aber auch Freiburg schon lange.

ÜBERZEUGUNGSTÄTER

Er kann es nicht lassen. Ausgabe für Ausgabe gibt es neue Aussagen von Innenminister Friedrich (CSU). Angesichts der über 350 Toten vor Lampedusa, fällt

dem Verfechter der christlichen Nächstenliebe nichts besseres ein, als größere Härte gegen Flüchtlinge und „Armutszuwanderung“ zu fordern. Was ist die Steigerung von ertrinken lassen? Zurecht wird er von Riexinger (Linke) als „Hassprediger“ bezeichnet.

KRITIK AN SPARPOLITIK

Die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam warnt, dass die aktuelle rigide Sparpolitik in den nächsten 12 Jahren in Europa 25 Millionen Menschen in die Armut treiben wird. „Die Art und Weise, wie Europa mit der Krise umgeht, droht, jahrzehntelange Errungenschaften zurückzudrängen. Aggressive Kürzungen in der sozialen Sicherung, in Bildung und Gesundheit, weniger Arbeitnehmerrechte und eine unfaire Besteuerung könnten Millionen Europäer/innen für Generationen in einen Armutskreislaufziehen.“

Das Rote Kreuz dazu: "Europa ist mit der schlimmsten humanitären Krise seit sechs Jahrzehnten konfrontiert". So sind 43 Millionen BürgerInnen auf Suppenküchen und Spenden angewiesen.

FREIBURG IST MAL WIEDER SPITZE!

Beim „**Erschwinglichkeitsindex**“ EIMX von ImmobilienScout24 kommt Freiburg auf den ersten Platz: Mit 28,1% des Einkommens wird hier für die Kaltmiete am meisten ausgegeben. Beim zweiten Platz München sind es 25,5%. Bei den Mietsteigerungen ist Freiburg auf Platz 4 mit 4%.

Die Studie „**Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten**“ (empirica) enthält folgende Erkenntnisse:

Die bundesweiten Wohnkosten (warm) machten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen 28,3% aus; der armutsgefährdete Teil der Bevölkerung zahle bereits 50%.

32% (bundesweit Ø 43%) der Wohnungen sind für Familien geeignet, davon können sich Menschen mit mittleren Einkommen 8% (Ø 35%) und Einkommensarme in Freiburg gerade mal 1% (Ø 12%) leisten. Die Konzentrationskennziffer (Fr 1%/ Ø 9%) zeigt, dass die Segregation dazu führt, dass solche günstigeren Wohnungen gerade mal auf 1% der Freiburger Fläche zu finden sind.

Diese Zahlen zeigen die Marginalisierung und Ausgrenzung (Exklusion) in Freiburg, die zu einer Stadt der Reichen wird. Denn in der Studie steht auch, dass Familien mit mittleren Einkommen im Radius von 39 km (Ø 8 km) vom Stadtzentrum suchen müssen, um geeigneten Wohnraum zu

finden.

Das unterstreicht die „**Wohnungsmarktbeobachtung**“ der L-Bank, die Freiburg bei einem Mietpreis von 10,60 € sieht.

[FR] OOPS! WE DID IT AGAIN!

Die Freiburg Stadtbau (FSB) muss bei 400 Wohnungen die erhöhten Mietpreise senken, nachdem sie bei der aktuellen Erhöhungswelle (3500 Whg., durchschnittlich 11%) den Mietspiegel zu Ungunsten der MieterInnen ausgelegt hat. Eine Mieterin, die im SprecherInnen-Rat engagiert ist, hat mal genauer nachgeschaut und sich erfolgreich gewehrt.

Aber die Badische Zeitung ist wie immer staatstragend und glaubt: „Einen absichtlichen Fehler wird der Stadtbau kaum jemand unterstellen.“ Doch! Das Ganze gab es schon einmal. 2009/2010 verklagte die FSB 300 MieterInnen, die sich gegen die ungerechtfertigten Mieterhöhungen zur Wehr setzten. Die MieterInnen gewannen und die Mieterhöhungen mussten bei 2385 Verträgen bzw. 85% der Wohnungen nach unten korrigiert werden. Die Absicht besteht darin, dass strittige Punkte nicht zu Gunsten, sondern immer zum Ungunsten der MieterInnen ausgelegt werden. MieterInnensolidarität zahlt sich aus!

[FR] WAGENPLÄTZE

Eine Wagengruppe hatte sich auf einem Gelände beim Wiehre-Bahnhof niedergelassen um dort zu wohnen. Das Grundstück gehört der Stadt, die bis zu diesem Tag nicht mal wusste, dass es ihr gehört. Jedoch ließ sie es sofort nach Bekanntwerden der neuen Nutzungsräumen. Eigentumsordnung gewahrt: Brache statt Wohnmöglichkeit.

Eine Wagengruppe an der Pädagogischen Hochschule darf bis März auf dem PH-Parkplatz überwintern.

[FR] SOLIDARITÄT MIT

„WILDPLAKATIERERINNEN“

Das Netzwerk Recht auf Stadt solidarisiert sich mit den von Bußgeld betroffenen „WildplakatiererInnen“: Das Amt für öffentliche Ordnung verdeutlicht momentan, dass die derzeitige Ordnung in der Stadt nur für ökonomisch Verwertbares Raum lässt. Das nun verfolgte „Wildplakatieren“ stellt eine Aneignung des kommerzialisierten öffentlichen Raums in der Stadt dar. Die jetzige Repressionswelle bedroht das kulturelle Leben in Freiburg und ist Teil der Verdrängung aus der Stadt, von Menschen, die sich die teureren kulturellen Angebote nicht leisten können.

Weiterführende Links zu den Meldungen, findet ihr wie immer auf der Homepage